



**Bezirksregierung
Hannover**

Bezirksregierung Hannover · Postfach 2 03 · 30002 Hannover

Mitglieder des

**Geschäftsstelle Bürgerinitiative
Rehb.-Loccumer Bürger gegen Giftmüll
z.Hd. Herrn Völkel
Münchehäger Straße 10
31547 Rehburg-Loccum**

Bearbeitet von **Herrn Voigt**

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)
501.18-62827/6-10/2

Durchwahl (05 11) 106- 7609

Hannover
05.03.1996

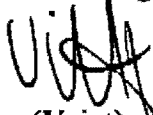
**Altlast Münchehagen,
19. Sitzung des Münchhagen-Plenums**

Sehr geehrte Damen und Herren,

anliegend erhalten Sie das o.g. Protokoll mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Des weiteren erhalten Sie gemäß Erlaß des Niedersächsischen Umweltministeriums die vom Vermittlungsausschuß und Plenum beschlossene neue Geschäftsordnung des Münchehagenausschusses.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


(Voigt)

022 004 001
10.93

05.03.1996 VAANSCHUB

Dienstgebäude
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover

Linie 3, 7, 9
H Waterloo

Bus

Linie 22, 23

H Waterlooplatz

Besuchszeiten

Mo.-Fr. 9-12 Uhr

Di. und Do. auch

14-15.30 Uhr

Besuche bitte

möglichst vereinbaren

Telefon

(05 11) 1 06-0

Telefax

(05 11) 1 06-24 84

Paketanschrift

Am Waterlooplatz 11

30169 Hannover

Telex

9 22 845 nihan d

Überweisung an Regierungsbezirksskasse Hannover

Konto-Nr. 250 015 61 Landeszentralbank Hannover (BLZ 25 00 00 00)

Konto-Nr. 101 359 883 Nordd. Landesbank Hannover (BLZ 25 00 00 00)

Konto-Nr. 3 00-305 PGiroA Han (BLZ 250 100 30)



**Protokoll
des 19. Münchehagen-Plenums
am 30.01.96 in der
Evangelischen Akademie Loccum**

Anlagen: - 5 -

Teilnehmende: siehe Anlage 1

1. Begrüßung, Genehmigung der Tagesordnung:

Herr Dr. Anhelm begrüßt die anwesenden Mitglieder des Plenums und entschuldigt das Fehlen der Herren Heinking, Meckling und Nerlich. Des weiteren stellt er die Beschlußfähigkeit des Plenums fest.

Auf Antrag von Herrn Bredemeier stimmt Herr Dr. Anhelm zu, Fragen von Bürgern und anwesenden Pressevertretern als Tagesordnungspunkt 6.1 zu behandeln. Die übrigen Tagesordnungspunkte werden entsprechend nach hinten verschoben.

2. Genehmigung des Protokolls des 17. und 18. Plenums:

Die vorstehend genannten Protokolle werden in der vorliegenden Form genehmigt.

3. Vorstellung und Abstimmung der revidierten Geschäftsordnung für die Münchehagen-Gremien:

Frau Hammerbacher stellt die Änderungen in der neuen Geschäftsordnung vor. Aus dem Plenum kommen keine Anmerkungen dazu.

Das Plenum stimmt der neuen Geschäftsordnung ohne Gegenstimmen bei zwei Enthaltungen zu und spricht damit die Empfehlung an das Nds. Umweltministerium aus, die Geschäftsordnung in der von VA und Plenum beschlossenen Fassung umzusetzen.

Herr Bredemeier begründet seine Enthaltung bei der vorangegangenen Abstimmung damit, daß seiner Auffassung nach die Praxis gezeigt habe, daß die Behördenseite der Geschäftsordnung nicht folge, da in vielen Fällen die Unwahrheit gesagt werde. Er stelle das Mediationsverfahren jedoch nicht in Frage, da es keine Alternative dazu gebe.

Frau Hammerbacher und Herr Dr. Anhelm entgegnen, daß dieses keine Probleme der Geschäftsordnung seien, sondern inhaltliche Probleme. Die Geschäftsordnung regle das Verfahren der Auseinandersetzung. Daß dies eingehalten werde, sei Aufgabe des Plenumsvorsitzenden und der Mediatorin.

4. Bericht des Sprechers (siehe Anlage 2):

Diskussion zum Bericht des Sprechers:

Bezugnehmend auf das von Herrn Völkel im Bericht des Sprechers angesprochene Thema „GSM-Schächte“ erklärt Herr Bredemeier, daß es mehrfach zu Bodenkontaminationen aufgrund von Leckagen gekommen sei, da die Container - entgegen der Vorstellung im VA - nicht nach unten abgedichtet seien.

Herr Schnibben (IBE) bestreitet, daß es sich um einen Planungsmangel handle und verweist auf die Gesamtkonzeption, wonach alle Systeme außerhalb der späteren Dichtwandtrasse mit doppelter Sicherheit und innerhalb der Dichtwandtrasse mit einfacher Sicherheit ausgeführt werden sollen.

Herr Prante weist darauf hin, daß die Baumaßnahme „GSM-Schächte“ wie im VA vorgestellt ausgeschrieben und ausgeführt wurde.

Im übrigen stimme die Aussage des Sprechers nicht, daß das StAWA bei der Abfallentsorgung gescheitert sei und sich deshalb der Fa. Edelhoff bediene. Es ist eine externe Firma beauftragt worden, weil die Aufgabe vom Umfang und nicht von der Sache her nicht mehr leistbar ist.

5. Themenschwerpunkt seitliche Umschließung:

Herr Dr. Anhelm führt in das Thema ein und erläutert, daß die Arbeiten zum Testfeld abgeschlossen sind und zur Zeit die Auswertung stattfindet, was jedoch heute noch nicht Thema sein solle. In der heutigen Sitzung gehe es vielmehr darum, die Arbeiten noch einmal in dem Zusammenhang, aus dem heraus sie geplant wurden, darzustellen.

Dienstgebäude
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover

U-Bahn

Linie 3 7, 9

Am Waterloo

Linie 22, 23

Am Waterloo

Besuchszertifikat

Mo.-Fr. 9-12 Uhr

Di. und Do. auch

14-15.30 Uhr

Besuche bitte

möglichst vereinbaren

Telefon

(05 11) 1 06-0

Telefax

(05 11) 1 06-24 84

Paketanschrift

Am Waterlooplatz 11

30169 Hannover

Telefon

9 22 845 nihan d

Überweisung an Regierungsbezirkskasse Hannover

Konto-Nr. 250 015 61 Landeszentralbank Hannover (BLZ 250 000 00)

Konto-Nr. 101 359 883 Nordd. Landesbank Hannover (BLZ 250 500 00)

Konto-Nr. 3 00-305 AGWA Han (BLZ 250 100 30)

Herrn Thiele (BUND) stellt die Rahmenbedingungen anhand seines als Anlage 3 beigefügten Konzeptes vor

Herrn Röttgen (NfB) erläutert die Maßnahme anhand der als Anlage 4 beigefügten Folien.

5.3 Ablauf der Testfeldarbeiten mit Videowiedergabe der Kamerabefahrung eines Bohrloches

Herrn Schnibben (TBE) stellt den Ablauf der Baumaßnahme anhand diverser Folien dar. Eine Auswahl der von ihm eingesetzten Folien ist dem Protokoll als Anlage 5 beigelegt.

Discussion:

Herr Bredemeier fragt nach den Gründen für die Einrichtung des Testfeldes C

Herr Schnitbren (TBE) erläutert, daß das Testfeld C kein neues Testfeld, sondern lediglich die Vorlagerung von Injektionen aus dem Testfeld A in einen anderen Bereich darstelle. Nach Auswertung der WD-Tests in den ersten drei Bohrungen der F-Serie im Testfeld A war festzustellen, daß die gemessenen Wasseraufnahmefähigkeiten wesentlich höher als erwartet waren. Dieses sei u. U. auf eine zu geringe Reichweite der Injektionen, die sich aufgrund des durch die vorhandenen Trennläpfe zwischen Gebirge und Dichtwand eingeschränkten Verpreßdruckes eingestellt hat, zurückzuführen. Da die Fortsetzung der F-Serie unter diesen Randbedingungen keine besseren Werte versprach, habe man sich entschlossen, die weiteren Bohrungen der F-Serie an einem weniger stark gestörten Standort nördlich der Ringstraße und der Gasabchlangsanlage durchzuführen, um mit höheren Grenzdrücken arbeiten zu können. Im Ergebnis habe sich jedoch gezeigt, daß auch im Testfeld C keine wesentlich besseren Ergebnisse erzielt werden konnten.

Herr Röttgen bemerkt dazu, daß es sich um erste Eindrücke und nicht um abschließende Ergebnisse handele. Dazu müsse die Auswertung aller Tests abgewartet werden.

Herr Thiele fragt, weshalb die Basisinjektionen in den Dichtwandkästen nicht vor dem Einbringen der Schlitzwand gemacht wurden, sondern erst hinterher. Er könne sich bei diesem Verfahren z. B. Probleme im Bereich des Anschlusses von Injektionen und Dichtwand vorstellen. Eine zweite Frage sei, ob zu bestimmen ist, wie hoch die Basisinjektionen in den Dichtwandkästen reichen.

Herr Schaibben (TBE) antwortet, daß grundsätzlich beide Varianten denkbar seien und ihre Vor- und Nachteile hätten. Aus baupraktischen Gründen habe man sich für das gewählte Verfahren entschieden. Wie hoch die Injektionen in den Dichtwandkästen reichen, sei nicht bestimmbar.

Herr Carstensen fragt, ob die Gefahr von Undichtigkeiten zwischen den Primär- und Sekundärlamellen zu befürchten seien (Stichwort: Fugenbildung).

Herr Schnibben (IBE) antwortet darauf, daß von den 2,2 m langen Primärlamellen beim Herstellen der Sekundärlamellen ca. 1/3 auf jeder Seite überfräst werde. Durch die Präse entstehe ein unregelmäßiger Schnitt an den Primärlamellen, der eine gute Verbindung mit den Sekundärlamellen ermögliche. Man habe zur Kontrolle eine Schrägbohrung abgeteuft, die Primär- und Sekundärlamellen geschnitten habe. Bei der Auswertung der Kerne wurden keinerlei Anhaltspunkte für eine Fugenbildung festgestellt.

Herr Thiele fragt, ob Herr Dr. Meier - als dem Sachberater Testfeld zugehöriger Strukturgeologe - diese Bohrkerne sowie die Bohrlochbefahrung gesehen habe.

Herr Röttgen verneint dieses, sichert aber zu, daß dieses jederzeit möglich sei.

Herr Dr. Arnhem schließt die Diskussion mit der Bemerkung, daß man heute über Vorarbeiten zur Sicherung geredet habe. Man habe ein spezielles Verfahren behandelt, bei dem man auf dem Wege zu einer grundsätzlichen Entscheidung sei, nachdem die Ergebnisse der Testarbeiten vorliegen. Die weitere Behandlung der Sammelproblematik müsse natürlich nicht im Anschluß, sondern weiterhin parallel dazu erfolgen.

Berufsgenossenschaft	U-Nr.	Beschäftigten	Telefon	Präsidentenamt	Überweisung an Regierungsbetriebsräte Hannover
Am Wasserloppatz 11	Ums 1. 2. 9	Beschäftigten	Mo. 4-9 Uhr	Am Wasserloppatz 11	Konto-Nr. 250 018 5 Landesbank Hannover (RL 2.50 000 00)
10, Berlin, Plohn	Ums 1. 2. 9	Mo. 4-9 Uhr	Telefon	30168 Hannover	Konto-Nr. 101 350 018 Nordde. Landesbank Hannover (RL 7.50 000 00)
	Ums 22. 23	Beschäftigte	Telefon	105 111 08-24 Bf	Konto-Nr. 101 305 000 014 (RL 2.50 100 00)
U-Nr. 22. 23		Beschäftigte		0 22 845 mihan d	

6. Informationen über laufende und abgeschlossene Maßnahmen auf der Altlast Münchenhagen:

6.1 Behandlung aktueller Probleme

Herr Breitmeyer erklärt, daß Herr Brammer ihn im VA gefragt habe, was er mit der Einschaltung der Presse bei der aktuellen Abfallentsorgung bezwecke. Dieses möchte er im folgenden beantworten. Der Standort München habe sich durch seine kriminelle Geschichte negativ in der Öffentlichkeit belastet. Deshalb sei größte Offenheit und Glaubwürdigkeit bei der Entsorgung von Abfallstoffen unerlässlich. Er fühle sich, bezogen auf den aktuellen Entsorgungsvorgang, von den Behörden getäuscht. Wäre die Entsorgung so durchgeführt, wäre am Ende festzustellen gewesen, daß auch alle beteiligten Dritten sich getäuscht gefühlt hätten. Insofern müsse man froh sein, daß die Entsorgung mit Hilfe des öffentlichen Druckes gestoppt werden konnte.

Im folgenden zeigt Herr Bredemeier Folien mit handschriftlichen Aufzeichnungen des Baubetriebes über Abfallstoffe auf der Altlast. Er vergleicht diese Aufzeichnungen mit der Liste des Entsorgungsnachweises und weist auf die Unterschiede hin.

Herr Prante nimmt zu den Vorwürfen Stellung und erläutert den Entsorgungsvorgang für die Kleinmengen (Herkunft der Kleinmengen u.a. aus der „Bauwagenaktion 1990“) im einzelnen wie folgt:

- In 1993 Gespräch mit NGS → Empfehlung Kontakt zu Fa. Edelhoft aufzunehmen
- In 1993 Ortstermin mit Fa. Edelhoft auf der Altlast zur Besichtigung der Abfälle Dabei Erörterung der Gesamtproblematik (z. B. Dioxinmobilitätsstudie von FmM Dr. Fiedler, Hagenmaier Gutachten, Gefährdungsabschätzung Altdponie durch iwb)
- Übersendung einer Vielzahl von Unterlagen an Fa. Edelhoft zum Gefährdungspotential
- Im Dez. 1993 erstes Angebot von Fa. Edelhoft
- Danach Besichtigung des Sortiercontainers mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit in Bramsche bei Fa. Edelhoft
- 1994 aktualisiert Fa. Edelhoft das Angebot
- In 1995 wird der Auftrag zur Entsorgung an Fa. Edelhoft erteilt
- Entsorgungs- und Verwertungsnachweis wird von Fa. Edelhoft erstellt und vom StAWA unterschrieben
- Oktober 1995 Annahmeerklärung RZR Herten
- November 1995 Ortstermin mit Fa. Edelhoft und Abstimmung über weiteres Vorgehen
- Fa. Edelhoft hat auf Nachfrage am 10.01.96 mdl. mitgeteilt, daß alle Kleinmengen vom Entsorgungsnachweis erfaßt werden
- Auf Nachfrage am 15.01.96 wird von Fa. Edelhoft schriftlich mitgeteilt, daß Faß 19 nicht aufgeführt wurde
- Am 17.01.96 teilt Fa. Edelhoft schließlich mit, daß nicht alle Einzelpositionen im Entsorgungsnachweis aufgeführt sind, die Liste des StAWA aber bei der RZR Herten mit vorgelegt worden sei
- Fa. Edelhoft führt z. Zi. einen Listenabgleich durch

Herr Bredemeier bemerkt dazu, daß nach den Ausführungen von Herrn Prante den Dritten (NGS, Bez.Reg. Münster, RZR Herten) auch die vollständige Liste vorgelegen haben soll. Dieses wird von den vorstehend genannten nach den Auskünften, die er erhalten habe, jedoch bestritten.

Frau Hammerbacher widerspricht der Auffassung von Herrn Bredemeier, daß die Entsorgung erst durch die Einschaltung der Öffentlichkeit gesteuert worden sei. Man habe bereits am 10.01.96 eine Denkrause vereinbart

Herr Klingelhöfer ergänzt, daß auch seitens des Nds. Umweltministeriums die Bedeutung der Sache erkannt worden sei und die Bez.Reg. Hannover mit Erlaß vom 04.01.96 bereits gebeten worden sei, den Entsorgungsvorgang zunächst zu stoppen.

Herr Thiele rechtfertigt die Einschaltung der Öffentlichkeit damit, daß am 10.01.96 eine Denkpause zum Status quo vereinbart worden sei, daß diese Denkpause aber von Behördenseite mit der Drohung verbunden worden sei, daß die Hagenmaier-Proben auf jeden Fall in ein zugelassenes Abfallwirtschaftslager verbracht werden müßten. Diese Drohung von Behördenseite habe sie zu den „Außen in der Öffentlichkeit“ veranlaßt.

Herr Dr. Anhelm schließt die Diskussion mit den Worten, daß man die Lösung dieses Problems nicht im Plenum finden könne, sondern daß man die weitere Bearbeitung dem Verfahren - sprich dem VA - anheim geben solle. Das Plenum solle dann über die Ergebnisse informiert werden.

Dornierstraße Am Westendpark 11 30169 Hannover	U-Bahn Linie 3, 7, 9 Haltepunkt Luisenpark Linie 22, 23 Haltepunkt Luisenpark	Beschwerden Mo. 9-12 Uhr Di. und Do. Tel. 14 15 30 Uhr Besuche bitte nach vorheriger Anmeldung	Telefon (05 11) 106-0 Telefax (05 11) 106-24 84	Praxisanschrift Am Westendpark 11 30169 Hannover 9 22 845 n.ah. d.	Überweisung an Röntgenstrahlentherapie Hannover Konto Nr. 250 011 61 Landesbank Hannover (BLZ 250 000 00) Kont.-Nr. 011 558 881 Nordl. Landesbank Hannover (BLZ 250 500 00) Kont.-Nr. 30 005 Kurant Han (BLZ 250 100 00)
--	---	--	--	---	---


6.2 Bauliche Sanierung der GSM-Schächte (Herr Prante, StAWA Sulingen)

- Herr Prante erläutert die räumliche Lage der GSM-Schächte auf der Altlast sowie deren Entstehungsgeschichte und den Grund für die Sanierung
- Ausschreibung und Vergabe der Baumaßnahme 1994 an Fa. Hochtief/Preussag für Bautechnik und Pro Aqua für die Maschinentechnik
- Baubeginn Mai 1995. Restarbeiten noch erforderlich (Treppen, Geländer, Wegebau). zusätzliche Arbeiten am Pumpwerk B und an den Pumpwerken
- voraussichtliches Bauende Feb. 96
- Störungen bei Inbetriebnahme: Zwei Leckagen und Vakuumabrisse
- Baukosten rd. 1,3 Mio. DM für den Bauteil und 0,485 Mio. DM für den Maschinenteil

Erweiterung des provisorischen Auffangbeckens (Herr Prante, StAWA Sulingen)

- Herr Prante erläutert die Lage des Auffangbeckens, Aufgabe: Fassung der Oberflächenwässer Schwarzbe- reich
- bisheriges Fassungsvermögen ca. 800m³. durch Erweiterung wurde Fassungsvermögen verdoppelt
- Ausuferungen wurden drei Mal belegt
- Forderung im 62. VA vom 22.08.95, daß Verwaltung vor der regenreichen Zeit fertiggestellt sein muß
- Kosten der Baumaßnahme rd. 31.000 DM
- Übergangslösung für die zur Zeit im Genehmigungsverfahren befindlichen Niederschlagspeicherbecken

Ökologischer Landschaftsgürtel (Herr Prante, StAWA Sulingen)

- Beschluß des VA vom 19.09.1991
- Vertrag mit der NLG über Flächenankauf
- Gesamtgröße 99 ha, davon erworben 67 ha, andere Lösungen auf ca. 30 ha. noch offen ca. 1 ha auf neun Teilflächen
- Vorplanung IDN vom März 1994
- Verwaltungsvereinbarung mit der Forstverwaltung zur Aufforstung der Flächen in 1995
- Aufforstung in Blöcken:

Forstwirtschaftsjahr 1996:	Block I rd. 16 ha
Forstwirtschaftsjahr 1997:	Block II rd. 24 ha
Forstwirtschaftsjahr 1998:	Block III rd. 21 ha
Forstwirtschaftsjahr 1999:	Block IV rd. 23 ha
Forstwirtschaftsjahr 2000:	Block V rd. 9 ha
Forstwirtschaftsjahr 2006:	rd. 5 ha
- Kosten: Grunderwerb 3,7 Mio. DM, Aufforstung 1,4 Mio. DM

Speicherbehälter (Herr Prante, StAWA Sulingen)

- Ersatz der abgängigen Hochbehälter
- Baustein der Deponiewasserbehandlung
- Fassungsvermögen alt: 2 x 700m³. Fassungsvermögen neu: 2 x 2500m³
- Auftragserteilung an Fa. Steinmann und Ittig im Mai 1994, Baubeginn 18.07.1994, Bauende geplant 06.12.94
- nach Bauzeitenplan aus 11/95 war die Fertigstellung für die 5. KW 96 vorgesehen. Speicherbehälter sind jedoch noch nicht fertiggestellt. Reine Bauzeit ca. noch zwei Monate.
- Gründe für die Bauverzögerung u.a. Diskussion um techn. Festlegungen. Witterung und Konkurs eines Subunternehmers
- möglicherweise daraus resultierend Rechtsstreit mit der Fa. Steinmann und Ittig. Verzug, Vertragsstrafe und Schadensersatz wurden durch Auftraggeber bisher geltend gemacht.
- Baukosten rd. 5,3 Mio. DM

Behandlung von Sickerölen in der GSU-Anlage (Herr Prante, StAWA Sulingen)

- GSU = geregelte Stoffumwandlung = thermische Hydrierung (Wirbelschichtreaktor)
- Aufbau der Anlage im August 1995
- Entsorgung läuft zur Zeit. Die erste Charge war sehr wässrig, während die zweite Charge pastöse Konsistenz aufwies und mit Hilfe von Wärme und Lösungsmitteln verarbeitungsfähig gemacht werden mußte.
- Abschluß der Entsorgung voraussichtlich Mitte März 96
- Kosten gem. Finanzierungsplan incl. Begleitung durch Öko-Institut und Meßtechnik MPU 245.000 DM

Dienstgebäude
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover
04.03.1996, Plandienst

U.-Bahn
Linie 3, 7, 9
H. Waterloo
Linie 22, 23
H. Waterloo

Besuchstermin
Mo.-Fr. 9-12 Uhr
Di. und Do. auch
14-15.30 Uhr
Besuche bitte
möglichst vereinbaren

Telefon
(05 11) 1 06-0
Telefax
(05 11) 1 06-24 84

Fakelanschrift
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover
Telefax
9 22 845 nihan d

Überweisung an Regierungsbezirkskasse Hannover
Konto-Nr. 250 015 61 Landeszentralbank Hannover (BLZ 250 000 00)
Konto-Nr. 101 359 883 Nordd. Landesbank Hannover (BLZ 250 500 00)
Konto-Nr. 3 00 305 PGiroA Han (BLZ 250 100 30)



**Bezirksregierung
Hannover**

Bezirksregierung Hannover · Postfach 2 03 · 30002 Hannover

7. Termine 1996:

20. Plenum am 04.06.1996

21. Plenum am 20.11.1996

8. Themen für das nächste Plenum:

- Auswertung Testfeld
- GSU-Anlage

Herr Thiele regt an, das Thema GSU-Anlage in das Grundsatzthema „Abfallentsorgung“ einzubetten und in diesem Rahmen in der nächsten Plenumsitzung zu behandeln.

9. Verabschiedung

Herr Dr. Anhelm verabschiedet die anwesenden Mitglieder des Plenums.

Vorsitzender:

gez.: Dr. Anhelm

Geschäftsführung:

gez.: Voigt

022 004 015
1093

Dienstgebäude
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover
04.05.1996, Plenum

U-Bahn
Linie 3, 7, 9
H. Waterloo
Bus
Linie 22, 23
H. Waterloo

Besuchszeiten
Mo.-Fr. 9-12 Uhr
Di. und Do. auch
14-15.30 Uhr
Besuche bitte
möglichst vereinbaren

Telefon
(05 11) 1 06-0
Telefax
(05 11) 1 06-24 84

Paketanschrift
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover
Telefax
9 22 845 nihan d

Überweisung an Regierungsbezirkskasse Hannover
Konto-Nr. 250 015 61 Landeszentralbank Hannover (BLZ 250 000 00)
Konto-Nr. 101 359 883 Nordd. Landesbank Hannover (BLZ 250 500 00)
Konto-Nr. 3 00-305 PGiroA Han (BLZ 250 100 30)



Bezirksregierung Hannover · Postfach 2 03 · 30002 Hannover

Bezirksregierung
Hannover

Bezirksregierung Hannover

Teilnahmeliste

19. Sitzung des Münchehagen-Plenums
am 30. Januar 1996, 15:00 Uhr
Ort: Ev. Akademie Loccum

Name	Institution/Behörde	Unterschrift
1. Prante	StAWA Saenger	Prante
2. Schulten	Ing. Büro Dr. Bern - Dr. End	Schulten
3. Thiele	BUND	Thiele
4. Auhilch	Ev. Akademie	Auhilch
5. Muenberg	NLB N3.3	C. Muenberg
6. Kott	NLB N3.25	Kott
7. Kott	NLB	Kott
8. Bilges	L3m	Bilges
9. Lange	LK N:	Lange
10. Brammer	Bürgergemeinschaft	Brammer
11. Eibers	Stadt Rehburg-Loccum	Eibers
12. Husemann	- " -	Husemann
13. Wohlfahrt	Stadt-Inter-Dialog	Wohlfahrt
14. Smorian	LR SHG	Smorian
15. Blume	LR SHG	Blume
16. Carstensen HH	Bürgergemeinschaft	Carstensen
17. Zilkenat	Ing. Büro Dr. Bern - Dr. End	Zilkenat
18. J. Jüttge	Bürgerbüro	J. Jüttge
19. H. B. ...	LR, Lage 11, Giffenbüch	H. B. ...
20. Stark	Stiftbezirk Loccum	Stark

022 004 016
1093

Dienstgebäude
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover

U-Bahn
Linie 3, 7, 9
H Waterloo
Bus
Linie 22, 23
H Waterlooplatz

Besuchzeiten
Mo.-Fr. 9-12 Uhr
Di. und Do. auch
14-15.30 Uhr
Besuche bitte
möglichst vereinbaren

Telefon
(05 11) 106-0
Telefax
(05 11) 106-24 84

Paketanschrift
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover
Telefon
9 22 845 nihan d

Überweisung an Regierungsbezirkskasse Hannover
Konto-Nr. 250 015 61 Landeszentralbank Hannover (BLZ 250 000 00)
Konto-Nr. 101 259 883 Nordd. Landesbank Hannover (BLZ 250 500 00)
Konto-Nr. 3 00-305 PGWah Han (BLZ 250 100 30)



Bezirksregierung Hannover - Postfach 2 03 - 30002 Hannover

Bezirksregierung
Hannover

21. Kerschbaum	BT D. 11. 11	
22. Wittenberg	MD 1. 11. 11	
23. Harnisch	MD 1. 11. 11	
24. Rühl	BT Stopp d. Giftmüll	Zick
25. Klipmann	BT Stopp d. Giftmüll	H. 11. 11
26. J. B. 11. 11	BT	BT
27. H. 11. 11		H. 11. 11
28.		
29.		
30.		
31.		
32.		
33.		
34.		
35.		
36.		
37.		
38.		
39.		
40.		
41.		
42.		
43.		
44.		
45.		

022 004 016
10.93Dienstgebäude
Am Waterlooplatz 11
30169 HannoverU-Bahn
Linie 3, 7, 9
H Waterloo
Bus
Linie 22, 23
H WaterlooBesuchstermin
Mo.-Fr. 9-12 Uhr
Di. und Do. auch
14-15.30 Uhr
Besuche bitte
möglichst vereinbarenTelefon
(05 11) 106-0
Telefax
(05 11) 106-24 84Paketanschrift
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover
Telefax
9 22 845 nhdn dÜberweisung an Regierungsbezirkskasse Hannover
Konto-Nr. 250 015 61 Landeszentralbank Hannover (BLZ 250 000 00)
Konto-Nr. 101 359 883 Nordd. Landesbank Hannover (BLZ 250 500 00)
Konto-Nr. 3 00-305 PGWoa Han (BLZ 250 100 30)

Bericht des Sprechers für die 19. Sitzung des Mönchehagen Plenums

Im März des vergangenen Jahres fand die letzte Plenumssitzung statt. Über einige Punkte die uns im MA beschäftigten möchte ich heute berichten. Wie ja in der 18. Plenumssitzung mehrheitlich beschlossen, wurde Frau Hammerbacher zur Mediatorin gewählt.

Sie war es dann auch, die feststellte, daß wir im Jahre 95 unser 5 jähriges Ausschußjubiläum "feiern" durften.

Kaum zu glauben aber wahr, wir haben bis zum heutigen Tage 18.

Plenumssitzungen, 67 Ausschußsitzungen, einige Sondersitzungen und mehrere technische Forumssitzungen mehr oder weniger hinter uns gebracht.

Ob es für alle hier am "runden Tisch" was gebracht hat, b.z.w. noch bringen wird, muß sich gerade in diesem Jahr zeigen.

Peter Thiele wird im Themenschwerpunkt Testfeld über einen dieser wichtigen Rahmenbedingungen zur Sicherung des Deponieinhaltes berichten.

Von unserem Gremium werden wichtige Entscheidungen zur weiteren Sicherung und Sanierung der Deponie erwartet.

Neben diesen "richtungsweisenden" Themen mußten wir uns natürlich auch mit den täglich anfallenden Problemen beschäftigen.

Sicherlich ein Schwerpunkt der letzten MA Sitzungen waren die Oberflächenwasserprobleme auf der Deponie.

Viele Fragen mußten zu diesem Problem besprochen werden:

Welche Deponiewässer sind wie stark belastet, werden nach welchen Schadstoffparametern beprobt um dann diese Wässer in die IIs einzuleiten?

Wie hoch ist die Belastung der IIs/Gehle durch diese Ableitungen, welche Schäden sind oder werden noch entstehen?

Gerade dieser Punkt konnte von den BI's nicht ohne Emotionen und Vorbehalte gegenüber den Behörden diskutiert werden.

Möglicherweise wird von den StAWA Vertretern bis heute noch nicht verstanden, welche entscheidende Rolle die IIs für die Deponiebetreiber und den Behördenvertretern zur Zeit des Deponiebetriebs hatte.

Die jetzigen StAWA-Vertreter sind Dank ihrer späten Geburt oder Beförderung mit einem teilweise geringen Deponiegeschichts(ge)wissen gesegnet.

Immerhin waren es damals Fachbehörden, die es zugelassen haben, daß die Deponiebetreiber ihre giftigen Wässer in die IIs leiten konnten.

Laut den Fachbehörden handelte es sich damals um eine genehmigte Verschmutzung.

Seit Jahren wird uns versichert, man habe die Wassermassen im Griff, dummerweise hielt sich das Wetter nicht an diese Berechnungen und es kam fast jährlich zu Überschwemmungen und damit auch zu kaum zu kontrollierenden Abschwemmungen von Stoffen in die IIs.

Damit diese Wasserprobleme nun endlich ein Ende haben, werden sie in diesem Jahr vom StAWA und dem Planungsbüro mit dem Planverfahren zur Neuordnung der Oberflächenwasserhaltung erschlagen.

Wir lassen uns vom Wetter überraschen und hoffen das Beste.

Zum Stichwort Depoiewasserreinigung und dem Trauerspiel rund um die Erstellung der Hochbehälter wird unter dem TOP 6.4 berichtet.

Ein weiterer, für unser Mediationsverfahren sehr bedeutender Punkt ist der Umgang mit den "Reststoffen" auf der Deponie.

Dank zäher Nachfragen in den Sitzungen ist es jetzt soweit, daß einige, mit Giftstoffen belastete Reststoffe einer Entsorgung zugeführt werden sollen.

Das StAWA ist an dieser Aufgabe scheinbar gescheitert und hat die Fa. Edelhoff beauftragt, Wege für eine möglichst Ordnungsgemäße Entsorgung dieser Giftstoffe zu finden.

Heinrich Bredemeier kann über die dabei entstandenen "Problemen" berichten.

Beispiel aus der Sitzung 18. Technische Forum vom 4.5.94 , -
Neuorganisation der Wasserhaltung in den GSM-Schächten

Damit wären wir wieder einmal an dem Punkt der noch nicht vorhandenen Professionalisierung auf der Behördenseite.

In der 17. Plenumssitzung am 31.1.1995, wurde von Herrn Müller Gundermann ein Bericht zur personellen Neuordnung gegeben.

Damals waren das "Große Worte", heute wissen wir, daß uns hier im Plenum wieder einmal Verbesserungen im Projektmanagement versprochen wurden, aber nichts geschehen ist.

Als Beleg dafür, daß dieser Ausschuß nach fünf Jahren auch positive Ergebnisse erarbeiten konnte, möchte ich auf den heutigen TOP 6.3. Aufforstung hinweisen. Diese Maßnahme wird auch als Ökologischer Landschaftsgürtel bezeichnet. Was an dieser Maßnahme das Ökologische ist vermag ich persönlich nicht mehr zu erkennen.

Trotzdem ist das was mit dieser Aufforstung erreicht wird ein wenig Sonne im verregneten Ausschußalltag.

- Vielen Dank für die Aufmerksamkeit -

Testfeld seitliche Umschließung im Gesamtprojekt "Sicherung" der SAD: Rahmenbedingungen

Zwischenbericht im Münchener Plenum am 30.1.1996

ENTWICKLUNG DES SICHERUNGSKONZEPTES UND DES TESTFELDPROJEKTES

Grundlage des heutigen Vorgehens:

- * Entschließung des Nds. Landtages vom 17.4.1991.
- Davor:
- * Mehr als 5 Jahre Ignoranz des Risikopotentials auf der Behördenseite (und auch heute noch keine volle Übereinstimmung).
 - * 1987 Beauftragung der Fa. IBE, einen Vorschlag zur Sicherung zu unterbreiten.
 - * 1990 Vorlage v. Planfeststellungsunterlagen (1. Abschnitt); die seitliche Umschließung sollte im 2. Abschnitt beschlossen werden. Das Genehmigungsverfahren mußte aber zurückgezogen werden, da es weder fachlich noch juristisch umsetzbar war.

Von nun an war spätestens klar, daß eine Lösung der Sicherungsprobleme nur durch Einvernehmen im Vermittlungsverfahren erreicht werden kann. Diesen Diskussionsstand spiegelt der Landtagsbeschuß wider.

(Hier Folie der Landtagsentschließung)

Das weitere Vorgehen:

- | | |
|---------------|---|
| 10.10.91 | Vorstellung eines Vorentwurfes durch IBE |
| 12./13.6.1992 | Workshop des Vermittlungsausschusses zur Sicherung der SAD;
Vorstellung verschiedener Optionen und Techniken. |
| 5.11.1992 | Verständigung über ein schrittweises, aufwärtskompatibles Vorgehen zur Sicherung und Sanierung der Altlast München (im VA). |
| 25.1.1993 | Beschluß des Sicherungskonzeptes im Plenum |
| 13.12.1993 | Bestellung: Prof. Düllmann als externer Sachberater für den VA und Dr. Meier als ihm zuarbeitender Strukturgeologe. |
| 14.2.1994 | Schriftl. Vorlage der Entwurfsplanung des Testfeldes und Beschlußfassung darüber im Vermittlungsausschuß. |
| 17.5.1994 | Bestellung: Fa. GeoInfometric als Sonderfachingenieur "Hydrogeologie". |

Frühjahr 1994	Ausschreibung des Projektes
25.7.1994	Auftragsvergabe; Auftragssumme: 5,78 mio. DM.
Herbst 1994	Bohrungen, Vorbereitungen der Fräsarbeiten
Winterpause	
ab 6.3.1995 bis Aug. 1995	Wiederaufnahme der Bauarbeiten; Niederbringung der Schlitzwände.
Aug. - Okt. 1995	Injektionsarbeiten
~ Mitte Febr. 1996	Auswertung aller Ergebnisse des Testfeldes durch IGH.
ab Mitte März 1996	Behandlung des Themas im VA.

WAS IST EIN "TESTFELD"?

WAS SOLL GETESTET WERDEN?

Die seitliche Umschließung der Deponie ist als tief einschneidende Schlitzwand geplant, die ggf. durch Injektionen in die Klüfte ergänzt werden kann.

Im Testfeld A wurde eine solche Schlitzwand von 34 m Länge hergestellt. Zusätzlich wurden 3 Kästen von unterschiedlicher Tiefe und für unterschiedliche Dichtungsmassen in den Untergrund gefräst, deren Boden durch Injektionen abgedichtet wurde. Das Haupt-Testfeld A liegt nördlich des Polders III, wo man eine vergleichsweise geringere Belastung durch die Deponie annimmt und daher ohne spezielle Arbeitsschutzmaßnahmen auskommt.

Das Testfeld B liegt südlich der Altdeponie im stark belasteten Bereich und besteht aus einem einfachen Einschnitt von 8 m Länge und 80 cm Breite. Hier sollen vor allem Arbeitsschutzmaßnahmen und Veränderungen von Dichtungsmassen getestet werden.

Ein Testfeld C im Nordwesten der SAD wurde zusätzlich für Injektionen eingerichtet; da dies im Vermittlungsausschuß nicht abgesprochen worden ist, wird das Planungsbüro IBE hierzu gleich näheren Angaben machen.

Folgende Probleme sollen durch die Testanlagen geklärt werden:

- # Die Verarbeitbarkeit der Abdichtungsmaterialien (Rezepturen im Baustelleneinsatz).
- # Die Eignung der vorgesehenen Baugeräte (Präzision, Störanfälligkeit im Tonstein).
- # Die Eignung und Leistungsfähigkeit der Bauverfahren: Einphasendichtwand, Zweiphasendichtwand, Injektionen (erreichbare Tiefe, Dichtigkeit).

Weitere Ziele:

- # Die technische und wirtschaftliche Optimierung des Geräteeinsatzes und der Arbeitsabläufe.
- # Abstimmung des Qualitätssicherungskonzeptes, d.h. der Wirksamkeitskontrollen.
- # Bestimmung von Arbeitsschutzmaßnahmen.

Begleitende Fragen:

- # Wie wirken sich die geologischen Verhältnisse ...
 (teilweise gestörtes Kluftgestein mit sehr unterschiedlichen
 Wasserwegsamkeiten)
 ... a) auf die Herstellung der seitlichen Umschließung,
 ... b) auf das Gesamtbauwerk aus?

**WELCHE STREITFRAGEN UND KONFLIKTE
 VERBINDEN SICH MIT DEM VORHABEN?**

1. Eine immer noch konträre Einschätzung der Grundwasserbewegungen im geologischen Umfeld der Deponie;
 damit verbunden unterschiedliche Beurteilungen der Austragsmöglichkeiten für Deponiestoffe.

Bis/BUND:

Fachbehörde:

Ein differenziertes Druck- und Fließgebilde mit Wirkungen in die Tiefe.

Ein innig vernetztes und daher einheitliches Kluftsystem (quasi-porös).

2. Dementsprechend stehen sich die Folgerungen gegenüber:

Nachwievor: Wegen der Unwägbarkeiten Basisabdichtung, ... und/oder möglichst tief einbindende Schlitzwände (50 m).

Konstruktion eines Grundwasserfließmodells; danach Berechnung der Einbindetiefe.

Der Wert eines Grundwassersimulationsmodells wird angezweifelt.

Der lokal ausgeprägten Kluftstruktur und den vorhandenen Störungen wird geringe Bedeutung beigemessen.

(Eine Kontroverse um Gutachter, die diesem Gegensatz entspricht, ist vorerst beigelegt, schwelt aber sicher noch im Hintergrund.)

3. Es gibt im Ausschuß auf der Seite der Betroffenen starke Vorbehalte gegenüber Injektionen als Dichtungsmaßnahme. Sie leben vom Grundsatz des Nachbesserns, sind damit abhängig von der Güte der Kontrolle - und das für die gesamte Dauer der Sicherungsmaßnahme. Lediglich als Basisabdichtung (und auch nur, weil andere Verfahren z. Zt. nicht zur Verfügung stehen) sind sie akzeptabel.

Landtag

"Betr.: Langzeitsicherungskonzept und Sanierung der geschlossenen Sonderabfalldeponie Münchehagen

EntschlieÙung

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Die Sicherungsmaßnahmen für die Sonderabfalldeponie Münchehagen, bestehend aus
 - hydraulischem Sicherungssystem und Oberflächenabdeckung gegen Niederschlagswasser,
 - Deponieeinkapselung durch Dichtwand und Injektionen oder Basisabdichtung, inklusive wirksamer Kontrolleinrichtungen,
 - Entgasung über Filteranlagen,
 - Umweltuntersuchungen bezüglich der Gefährdung der im Bereich der Deponie wohnenden Menschen, des Anbaus landwirtschaftlicher Produkte einschließlich der Fortführung der Leukämie-Studie aus Nordrhein-Westfalen auf niedersächsischer Seite,

sind fortzusetzen, um der Abwehr unmittelbarer Gefahren Rechnung zu tragen. Dabei muß die technische Machbarkeit der Deponieeinkapselung durch Prüfung unterschiedlicher Verfahren nachgewiesen werden.

(Auszug;
beschlossen
am 17.4.91)